

Rheinberger STATT Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Mai 2024

www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg
Instagram @gruenerheinberg

Aus dem Ortsverband

Was macht die EU eigentlich für uns?

Ich erinnere mich noch, als ich das erste Mal einen Euro-Schein in der Hand hielt – da muss ich so um die 5 Jahre alt gewesen sein. Seitdem hat sich viel getan: Sowohl in meinem Leben als auch in der Europäischen Union. Mitglieder sind hinzugekommen, eins ist gegangen und ständig begleitet einen die Frage: Was passiert da eigentlich drüben im „fernen“ Brüssel?

Nun, wenn man genauer hinschaut, passiert da sehr vieles. Den meisten würde vermutlich Frieden und Völkerverständigung einfallen, die offenen Grenzen, wenn ich mal rüber in die Niederlande möchte, und durch die Währungsunion das einfache Bezahlen im Ausland. So selbstverständlich es für mich ist, das würde ich nicht mehr missen wollen.

Wenn ich Einkaufen gehe, kann ich mir bei Produkten mit Bio-Label sicher sein, dass diese aus ökologischer Landwirtschaft stammen und nachvollziehen, ob

diese innerhalb oder außerhalb der EU erzeugt wurden. Wo wir gerade bei Landwirtschaft sind: Diese wird durch die EU subventioniert, damit wir auch weiterhin regionale Lebensmittel konsumieren können und nicht abhängig vom Weltmarkt werden. Das schont auch die Umwelt.

Aber es gibt noch weitere Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die ohne die EU so nicht möglich wären, beispielsweise den CO²-Preis. Als sogenannter Leitmarkt bringen wir damit auch andere Staaten außerhalb der Union dazu mitzuziehen.

Auch gegen immer mächtiger werdende Tech-Giganten wie Google und X gilt es sich durchzusetzen. So werden mit dem Digitale-Dienste-Gesetz Betreiber von großen Plattformen – zum Beispiel bei illegalen Inhalten – in die Pflicht genommen, diese zu löschen. Durch das Kl-

gesetz werden ethische Grundlinien festgelegt, damit die neue Technologie nicht nur den Technologiekonzernen hilft.

Und auch die manchmal etwas lästige DSGVO sorgt dafür, dass ich mich in einem Klick von einem nervigen Newsletter-Anbieter abmelden kann. Und: Dank der EU können Sie Ihr iPhone auch endlich per einheitlichem Ladekabel laden.

Gemeinsam sind wir stärker – so ist es auch in der Weltpolitik. In Zeiten, in denen Russland brutale Angriffskriege führt und der Konflikt im nahen Osten aufflammt wie lange nicht, ist das umso wichtiger. Dazu kommt das aufstrebende China und im schlimmsten Fall ein Präsident in den USA, welcher die bestehende Zusammenarbeit mit Ländern wie Deutschland in Frage stellt. In solchen Zeiten ist die Europäische Union nicht

nur ein nettes Extra, sondern überlebensnotwendig für Demokratie und Freiheit, vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten.

Wie alle demokratischen Systeme leben diese davon, dass die Demokratie auch gelebt wird. Deswegen eine Bitte an Sie: Gehen Sie am 9. Juni wählen, auch wenn Brüssel manchmal etwas entfernter scheint, als es ist.



Justin Beckers
Mitglied
im Ortsverband

GRÜNE fietsen durch Utrecht

In einer mehr als 30-köpfigen Fahrradkolonne zog die Rheinberger Grünenfraktion am Samstag durch einige Innenstadtbzirkel von Utrecht. Angeführt von Mitgliedern der Utrechter Ratsfraktion von GroenLinks, führte die Tour vorbei an einer Reihe von nachhaltigen Stadtentwicklungsprojekten. Auf Rheinberger Seite waren, neben den Rheinberger Grünen, auch Teilnehmer aus einigen umliegenden Ortsverbänden und eine Reihe interessierter Bürgerinnen und Bürger dabei.

Die Gastgeber der niederländischen Grünenpartei haben ein abwechslungsreiches und thematisch breit gefächertes Programm vorbereitet. An der ersten Station erklärte Lot van Hooijdonk, die Mitglied des siebenköpfigen Bezirksbürgermeisterkollegiums der Stadt ist, das Entwicklungsprojekt „de Mix“. Hier schafft die Gemeinde in einem ehemaligen sozialen Brennpunkt zentrumsnah bezahlbaren und attraktiven Wohnraum und setzt dabei auf eine Mischung aus Sozial-, Eigentums- und Genossenschaftswohnungen.

Auf beeindruckenden Fahrradwegen und -brücken ging es danach beispielsweise vorbei an der größten Wärmepumpe der Niederlande, die Heizwärme aus dem städtischen Abwasser erzeugt. Später zum Berlinplein, einer Experimentierfläche aus Spielplätzen, Gärten und Kultureinrichtungen, die das Zentrum eines völlig neuen Stadtteils bildet, bevor es schließlich ins Zentrum ging. Da die Stadt zurzeit ein starkes Wachstum erlebt, wird laut Lot van Hooijdonk stadt-



stadplanerisch „ein bisher ungekanntes Level Urbanismus“ gefordert, der sich auch durch den Neubau von Hochhäusern auszeichnet. Ratsmitglied Fred Dekkers betonte in diesem Zusammenhang, dass bei der Planung besonders auf Nachhaltigkeit, kluge Verkehrskonzepte und die Schaffung von Freiräumen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt geachtet wird.

Auch das Thema Geflüchtete wurde nicht ausgespart: Für das Mittagessen luden die Gastgeber in ein Restaurant auf dem Gelände des Asylbewerberzen-

trums im Inselstadtteil Oog in Al. Hier arbeiten Geflüchtete aus verschiedenen Ländern mit, sorgen für eine bunte gemischte Speisekarte und bekommen die Chance, sich so in die Stadtgesellschaft zu integrieren. „Begeistert und ansteckend“ so formulierte Mitfahrerin Janine Segref von der Interessensgemeinschaft „Zukunft Budberg“ ihren Eindruck der zukunftsweisenden sozio-ökologischen Projekte.

Zur Tour gehörten auch kurze Treffen mit Personen, die Großes und Kleines in der Stadt bewegen. So traf die Gruppe bei-

spielsweise auf Unternehmer Robin Berg, der schon vor mehr als zehn Jahren damit begonnen hat, seinen Stadtteil mit schnellem Glasfaserinternet zu versorgen und jetzt dabei ist, stadtwweit eine Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu etablieren, bei der der in den Autobatterien gespeicherte Solarstrom wieder ins Stromnetz eingespeist werden kann, um für Entlastung in den abendlichen Spitzenzeiten zu sorgen. Eine zunächst eher kleinere Veränderung haben zwei Bewohnerinnen direkt vor Ihren Haustüren bewirkt. Sie wollten zwei Stellplätze am Straßenrand in Blumenbeete mit Sitzgelegenheiten umwandeln und so einen Treffpunkt für die Nachbarschaft schaffen. Ihre Idee kam im Rathaus so gut an, dass die Gemeinde nicht nur die Genehmigung erteilt hat, sondern später sogar eine Art Bestellformular für fünf verschiedene Beetmodelle auf ihrer Webseite einrichtete, um diese Nutzungsänderung auch anderen Bürgern zu ermöglichen.

Zum Schluss führte die Tour geradewegs durch das größte Fahrradparkhaus der Welt auf die andere Seite des Bahnhofs, wieder zurück zum Ausgangspunkt der Tour. „Es war ein Blick über den Tellerand, der auch unseren Politikern bei der Bewältigung unserer Zukunftsprobleme helfen könnte.“ Dieser Aussage von Tourteilnehmer Horst Keiffenheim konnten sich nach diesem Tag die meisten anschließen.

Karl Banski
Mitglied im Ortsverband

Eine schwere Geburt

Schon die Einbringung des Haushalts im Dezember glich einer echten Hiobsbotschaft. Eine noch nicht dagewesene Erhöhung der Steuern, insbesondere der Grundsteuern, war vorgesehen, um die Haushaltssicherung abzuwenden. Diese hätte bedeutet, dass zukünftige Haushalte unter strenger externer Aufsicht stehen würden, um das entstandene Defizit aufzulösen.

Was in den Wochen danach folgte, war nicht nur eine Achterbahnfahrt der Zahlen, sondern auch der Gefühle. Mal schienen die Zahlen sich etwas weniger dramatisch zu entwickeln – von positiv konnte nie die Rede sein –, mal verdüsterte sich die Perspektive wieder.

Woran lag es? Dreh- und Angelpunkt waren unerwartet niedrige Gewerbesteuererinnahmen. Das ist Gift für die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune – und umso bedenklicher, als alle Kommunen mit immer mehr Aufgaben von Bund und Land beauftragt werden, für die Mittel und Personal bereitzustellen sind.

Ein Zweites kommt hinzu: Das Anspruchsniveau in der Bürgerschaft ist gestiegen. Es werden mehr und bessere Leistungen von der Verwaltung und damit natürlich auch von der Politik er-



Jürgen Bartsch
Fraktionsvorsitzender

wartet. Im Sport, bei den Bädern, im kulturellen Bereich, in der Mobilität, der Kinderbetreuung, bei den Schulen, um nur einige Bereiche zu nennen, werden Neubauten, Sanierungen, Verbesserungen usw. eingefordert, vielfach gut nachvollziehbar.

Nur was tun, wenn die wichtigste Einnahmequelle nicht so sprudelt wie erwartet und zur Erfüllung der Aufgaben und Wünsche erforderlich? Will man die Haushaltssicherung vermeiden, und das wollte die GRÜNE Fraktion unter allen Umständen, gibt es zwei Möglichkeiten: Ausgabenkürzungen und/oder Einnahmeerhöhungen.

An beidem haben sich interfraktionell CDU, SPD, FDP und GRÜNE abgearbeitet in vielen und langen Abstimmungsgesprächen, sogar an Sonntagabenden. Herausgekommen ist, wie nicht anders zu erwarten, ein Kompromiss, sowohl was Einsparungen als auch Einnahmesteigerungen angeht.

Wir müssen uns das Ergebnis nicht schönreden: Die in der Liste nachzulesenden Einschnitte oder Verzögerungen sind zum Teil schmerzhaft: Verschiebung der iPad-Ausstattung der Schulen, ebenso der Planung für ein Kombibad. Besonders bedauerlich auch das Streichen ökologischer Förderprogramme oder die personellen Kürzungen in der Verwaltung, hängt damit auch die Umsetzung wichtiger Zukunftsaufgaben zusammen.

Positiv immerhin: Wichtige Maßnahmen im Sport wie die neuen Kunstrasenplätze in Borth und in Rheinberg-Mitte kommen wie geplant, ebenso wird in der

Kindertagespflege mit der Erhöhung der Förderleistung erneut eine auch finanzielle Würdigung der wichtigen pädagogischen Arbeit vorgenommen.

Um zumindest solche und andere wichtige Positionen stemmen zu können, war eine Erhöhung der Steuern unumgänglich. Aber durch die Sparanstrengungen von Verwaltung von CDU, SPD und GRÜNEN sehen die Zahlen gegenüber dem Entwurf deutlich anders aus: Grundsteuer A: 390% statt 600%; Grundsteuer

B: 590% statt 920%. Die Gewerbesteuer wurde im Vergleich zu 2023 geringfügig um 10% angehoben. Eine drastische Erhöhung beider Grundsteuern konnte also gegenüber den Ursprungsplanungen deutlich abgemildert werden.

Auch wenn wir schweren Herzens dem Haushalt dieses Jahres zugestimmt haben: **Für den nächsten Haushalt wollen wir schon jetzt Weichen stellen, um Rheinberg für die Zukunft besser aufzustellen.**

Bezahlkarte für Flüchtlinge

Um die Einwanderung geflüchteter Menschen nach Deutschland zu verringern, wurde die Verwendung einer Bezahlkarte beschlossen, deren Einführung den Kommunen freisteht. Hierbei wird der höchstzulässige Betrag für einen erwachsenen Menschen neuerdings gesplittet. Es kommt z.B. in Bayern zur Auszahlung von 50.- € Bargeld und 410.- € als geladenes Guthaben auf die (Chip-) Bezahlkarte. Damit können die Benutzer*innen nur in zuvor von den Kommunen benannten Geschäften einkaufen. Einkaufen auf Wochenmärkten z. B. wird dann mit der Chipkarte nicht mehr möglich sein. Nach Ansicht von CDU, FDP und AfD soll diese Maßnahme den Anreiz dafür mindern, Deutschland und nicht andere europäische Länder als Fluchtziel und neue Heimat zu wählen; diese Bevorzugung liege in der besonderen Attraktivität der deutschen Sozialsysteme. Befürworter der Bezahlkarte sehen zudem in den Geldüberweisungen an die unter schwierigen Bedingungen in den Herkunftsländern lebenden Familien einen Missbrauch von öffentlichen Geldern. Dies ist eine üble Nachrede. Abgesehen davon, dass der größere Teil der Auslandsüberweisungen von Geflüchteten aus Arbeitslohn stammt, ist angesichts der ärmlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern auch die Überweisung kleiner Beträge in die Heimat sicher ein Beitrag zum Überleben der Familien und möglicherweise ein Grund für viele Menschen, die riskante Flucht nicht zu wagen. Sämtliche EU-Regierungen betonen: Die Fluchtursachen müssen in den Heimatländern bekämpft werden. Sind nicht gerade auch die kleinen Überweisungen solche Maßnahmen?

Nicht unerwähnt bleiben darf der Nutzen einer intelligenten Migrationspolitik für eine immer älter werdende Gesellschaft und stockende Wirtschaft in Deutschland. Laut Stadtverwaltung Rheinberg wären 41 Personen zukünftig mit einer Bezahlkarte auszustatten. Hierfür Leitlinien und Bürokratie zu entwerfen wäre unangemessen.

Die Grünen lehnen daher die Einführung der Bezahlkarte für Rheinberg ab.

Peter Mokros, Barbara Ettwig

Ruhehafen ohne Ruhe für die Natur

Nach der Änderung des damaligen Regionalplans 2017 hat die für die Schifffahrt auf dem Niederrhein zuständige Behörde in Duisburg Anfang dieses Jahres die Pläne für den Bau eines Ruhehafens an der Momm für 39 Großschiffe vorgelegt und die Stadt Rheinberg zur Stellungnahme aufgefordert.

Standort ist – wie schon lange geplant – der östliche der beiden Baggerseen mit einer Wasserfläche von ca. 23 ha nebst Böschungen und östlich angrenzender Ackerfläche von ca. 10 ha. Freie Flächen und freie Kapazitäten in den bestehenden Häfen am Niederrhein hat die Behörde letztlich außer Acht gelassen und stattdessen den nach Auskiesung vor ca. 60 Jahren zu einem natürlichen Ruhe- und Rückzugsraum von großer Bedeutung gewachsenen See an der Momm ausgewählt. Der Schiffstransport auf dem Rhein ist zwar stetig gewachsen; der Trend geht aber seit langem zu Großschiffen und Schubverbänden im 3-



Schichten-Betrieb, während die Zahl der auf die Einhaltung ihrer gesetzlichen Ruhezeiten angewiesenen Einzelschiffer eher rückläufig sein dürfte.

Zur Bauvorbereitung wird die Hafenfläche „freigemacht“, das heißt abgeräumt und abgebagert. Die nötige Infrastruktur umfasst neben Einrichtungen für Landgänge (Treppen, PKW-Absetzplatz), Parkplätzen, Wendehammer, Stromanschlüssen, Müllentsorgung und Einrichtungen für Rettung und Sicherheit eine „Ertüchtigung“ des Wirtschaftsweges als Zufahrt von der Dammstraße entlang der stillgelegten Bahn und der alten Salzverladung bis zum Nordende des Hafens.

All das wird nicht nur die seit der Auskiesung wieder gewachsene Regeneration des Gewässers und seiner Uferbereiche zunichte machen; der Betrieb des „Ruhehafens“ wird auch die naturnah entwickelten Nachbarbereiche empfindlich stören und schädigen. Zu dieser Prognose bedarf es keiner Phantasie.

Die vorgesehene Fläche hat einen für Rheinberg denkbar hohen Schutzstatus als Landschafts- und EU-Vogelschutzgebiet, als Gebiet für den Schutz der Natur sowie als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung (RAMSAR-Konvention) und grenzt an weitere Naturschutz- und FFH-Bereiche (zum Schutz von Fauna- und Flora-Habitaten). Obwohl Rheinberg

keine Regelungskompetenz für die genannten, z.T. international verankerten Schutzbereiche hat, sind sie für die Stadt, die bereits zu fast 20 % ausgekieset ist und große Flächen für Großgewerbe, insbesondere Logistik verplant und überbaut hat, aus vielfältigen Gründen elementar wichtig.

In der jetzt von der Verwaltung vorgelegten und vom Rat mit Mehrheit beschlossenen Stellungnahme ist von alledem keine Rede, die Stadt hat demnach außer einigen Anregungen zur Ergänzung der Bauarbeiten keine grundsätzlichen Bedenken und versteckt sich hinter ihrer formalen Unzuständigkeit für den Naturschutz und hinter den beantragten Maßnahmen zum „Ausgleich“ des Eingriffs: nämlich der Optimierung des westlichen Gewässerteils und der ökologischen Aufwertung von Grünlandflächen auf Weseler Gebiet und in Niederwallach.

Dass dadurch mit den gesetzlichen Formeln für die Bewertung von Ausgleichsmaßnahmen eine Überkompensation der Zerstörung des Naturraums an der Momm geschaffen würde – wie die Planer ausgerechnet haben –, ist ohne gewissen Zynismus nicht nachzuvollziehen.

Diese Taschenspielerlei haben die GRÜNEN nicht mitgetragen



Fritz Ettwig
Sachkundiger Bürger

Dürre, Starkregen, Hochwasser, Grundwasser – Klimawandel und kein Ende in Sicht

Am Anfang haben wir uns noch gefreut: endlich Regen! Durch die Hitze- und Dürresommer 2018-2022 war der Grundwasserstand bedrohlich gesunken. Bäume starben ab, die Waldbrandgefahr war groß, die Rheinschifffahrt kam zum Erliegen, die Landwirtschaft befürchtete riesige Ernteauffälle. Selbst gelegentlicher Starkregen änderte nichts: Der ausgetrocknete Boden konnte nicht genug Wasser aufnehmen. Die Bäche und Flüsse füllten sich kurzzeitig wieder, aber der Grundwasserspiegel blieb niedrig.

Dann setzte 2023 der Regen ein und hörte nicht mehr auf! An die Gefahren des Hochwassers sind wir als Niederrheiner gewöhnt und investieren viel, um uns davor zu schützen. Wir haben effektiv arbeitende Deichverbände, Notfallpläne und die höchsten Binnendeiche Europas. Die haben wir auch des-

halb, weil große Teile Rheinbergs und des Ruhrgebiets wegen des Kohle- und Salzbergbaus absenkt wurden. Deshalb wurde vor 100 Jahren auch die Links-Niederrheinische-Entwässerungs-Genossenschaft (LINEG) gegründet und gesetzlich beauftragt, das künstlich abgesenkte Gebiet durch Entwässerungspumpen trocken zu halten. Die Folgen von Hochwasser und Starkregen haben wir immer im Blick gehabt.

Aber jetzt waren die Böden vom Dauerregen übersättigt, konnten den Regen nicht mehr aufnehmen und der Rhein hatte ständig Hochwasser. Dass zu hohe Grundwasserstände, die mit Hochwasser des Rheins zusammentreffen, ein Problem werden könnten, das hatten die meisten nicht auf dem Schirm. Die LINEG leider auch nicht, was besonders dramatisch ist, da sie für den ausreichenden Grundwasserabstand sorgen muss. Jetzt hat es viele Rheinberger getroffen: Felder stehen unter Wasser, können nicht bearbeitet werden. Bei vielen Familien am Orsoyerberg, in Borth und Wallach sind die Keller vollgelaufen, seit Silvester bis heute, kein Ende in Sicht.

Ein Familienvater berichtete: „Wir pumpen Tag und Nacht, überall im Keller laufen Pumpen. Wir müssen andauernd



Wasser auskippen, Pumpen kontrollieren usw., weil sonst der Keller vollläuft. Wir können deshalb auch nur abwechselnd schlafen, das Haus verlassen, arbeiten. Mehrere Pumpen sind schon kaputt gegangen, weil sie für den Dauerbetrieb nicht gebaut sind.“

Auf Antrag der Rheinberger GRÜNEN wurde die LINEG in den Umweltausschuss geladen. Deren Vertreter bestätigten, dass sie eine solche Konstellation der Ereignisse (starker Dauerregen, Grundwasserhochstand und Hochwasser) in ihren Planungen bisher nicht ausreichend berücksichtigt hätten. Als erste Maßnahmen versicherten sie, alle berg-

senkungsbedingten Grundwasserschäden zu regulieren. Am Orsoyerberg solle so schnell wie möglich eine zusätzliche Pumpe errichtet werden.

Wir hoffen, dass die LINEG dauerhafte Lösungen findet für die Grundwasserregulierung beim Zusammentreffen vom Hochstand des Grundwassers und des Rheins. Denn, auch wenn wir diesmal nicht alle betroffen sind, dieses Problem geht alle Rheinberger an. Die Rheindeiche und die LINEG sind unsere Sicherung, dass wir alle in einem durch Bergbau abgesenkten, von Hochwasser gefährdeten Gebiet leben können.



Luise Theile
Ratsmitglied

Messe Niederrhein – „(never) ending story“!?

Falsche Reihenfolge: Anstatt dass die Straßenverkehrsbehörde zuvor die ungeeignete LKW-Verkehrsführung durch Millingen endlich unterbindet, beschließt der Rat mehrheitlich, gegen die Stimmen unserer Fraktion, die Schaffung eines 9 Hektar Hallenflächen bietenden neuen Gewerbeparks auf dem Gelände der Messe Niederrhein zu erlauben.

Selten gab es ein solch zähes, jahrelanges und allseits höchst arbeitsintensives Ringen von Verwaltung, Kommunalpolitik, Bürgern und Bürgerinitiativen, Grundstückseigentümern, verschiedenen Investoren und jeweiligen Ankermietern wie hier. Logistik und intensiven LKW-Verkehr auslösende gewerbliche Nutzungen sind darüber nahezu zu Reizwörtern in Rheinberg geworden.

Nun aber sind, nach der auch umstrittenen Ansiedlung von „Garbe-Logistik“ an der Alte Landstraße, auch am Messeareal die Würfel für die Umnutzung und Neubebauung des Geländes mit einem mehr als doppelt so viel Nutzfläche als bei Garbe bietenden Gewerbepark gefallen. Zuletzt wurde in einer extra dafür angesetzten Sondersitzung des Stadtrates am 13.2.24 den dafür erforderlichen Änderungen des Flächennutzungs-



sowie des Bebauungsplanes mehrheitlich zugestimmt.

Über den Jahreswechsel 23/24 war Zeit- und Entscheidungsdruck entstanden, weil der für das Gesamtkonzept des Investors unverzichtbare Ankermieter AH Trading GmbH (Gartenmöbelgroßhandel) mit seinem schwedischen Mutterkonzern, der allein die Hälfte der Nutzfläche des neuen Gewerbeparks langfristig anmieten wollte, nicht länger warten konnte.

Noch im Dezember 2023 und im Januar 2024 hatten der Rat und der Bau- und Planungsausschuss dem Vorhaben mit seinen Kern-Bedingungen die Ablehnung in Aussicht gestellt, weil es einfach immer noch zu viele Kompromisse zu

Lasten der Öffentlichkeit und Natur bedeutet hätte; insbesondere auch in Fragen der Verkehrsführung, des Grünflächenausgleiches, der zu gering dimensionierten PV-Anlage, der Hallenausmaße und Abstandsflächen, der zu großzügig rund um die Uhr erlaubten Betriebszeiten und vielem anderem mehr.

Dabei hat unsere Fraktion immer wieder maßgeblich durch konstruktive Sachforderungen dazu beigetragen, dass die Verwaltung in vielen Verhandlungsrunden mit der Eigentümer- und Investorenseite substanzielle Fortschritte in vielen dieser Knackpunkte erzielen konnte.

Einzig im Bereich der Verkehrsführung von Norden her, vom Kreisverkehr in Millingen über die Alpener Straße zum Kreisverkehr am Messegelände, deren Anwohner und Nutzer schon heute durch den dort noch immer unbeschränkt erlaubten und zunehmenden LKW-Verkehr mit Lärm, Abgasen und Feinstaub überlastet und gefährdet sind, bleiben bislang die dafür zuständigen

und verantwortlichen Straßenverkehrsbehörden in der Stadt- und Kreisverwaltung unverständlicherweise vollständig unbeweglich.

Weil wir diese Sperrung des Abschnittes der Alpener Straße für den Transit von Groß-LKW (>7,5t) von Beginn an als unverzichtbare Bedingung genannt haben, konnte unsere Fraktion insgesamt nicht zustimmen – trotz der mit dem Investor erzielten Summe an moderner und ressourcenschonender Gestaltung des gesamten Gewerbeparks. Dem Eigentümer/Investor wurde mit einer Ja-Stimme signalisiert, dass wir deren Konzessionen zur Verbesserung aller anderen Parameter zu schätzen wissen und eine solche Groß-Investition auf einer sonst drohenden Industriebrache für Rheinberg auch viele gewichtige Vorteile bietet und Chancen erschließt.

Wir werden aber weiter beharrlich alles daran setzen, die LKW-Verkehrsführung auf übergeordnete Straßen zu leiten, um die AnwohnerInnen in Millingen zu entlasten.



Ralf Winstroth
Ratsmitglied

Radverkehr im Abseits

Nach so vielen Jahren Verzug mit Plänen für eine allseits befürwortete Verkehrswende hat der Fachbereich Planung der Stadt ein umfassendes, detailliertes Radverkehrskonzept erstellt, das seinen Namen verdient und auch dem Fußverkehr mehr Raum und Sicherheit geben soll. Obwohl alle Fraktionen im Rat das Ziel, eine deutliche Verlagerung des Verkehrs „vom Auto auf Rad und Fuß“ öffentlich beteuern, zeigt die Diskussion und Abstimmung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität ein anderes Bild. Die SPD wünscht sich zunächst ein Konzept ohne Maßnahmen und insbesondere aus der CDU kommt heftiger Widerstand gegen fast jede Regelung, die zu einem „Verlust“ auch nur eines Parkplatzes am Straßenrand führt. Es ist zu hoffen, dass sich viele Radfahrende bei den Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung einbringen. Wir geben nicht auf!

Fritz Ettwig und Niels Awater

GRÜNE in Rheinberg unterstützen Klage – notfalls muss der Regionalplan Ruhr vor Gericht

Der Regionalplan des RVR hat Rechtskraft erlangt! Trotzdem setzen sich die Rheinberger GRÜNEN weiterhin dafür ein, dass die niederrheinische Heimat nicht durch die Kiesindustrie und mit Schützenhilfe des Regionalverbandes Ruhr (RVR) abgegraben wird. Leider ist die Genehmigung des Regionalplanes Ruhr auch durch die Landesregierung – hier durch das zuständige Wirtschaftsministerium in Düsseldorf abgesegnet worden.

Daher werden wir konsequent nach der nun erfolgten Genehmigung den Regionalplan Ruhr vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster beklagen. Bereits im Jahr 2022 – noch unter schwarz-gelber Landesregierung – wurde die 1. Änderung des Landesentwicklungsplans durch die Klage des Kreises Wesel zurückgenommen. Von der dadurch notwendigen Änderung des Regionalplans



hatten wir GRÜNEN uns erhofft, dass die Flächenausweisung für Abgrabungen auf die geforderte 20-jährige Versorgungssicherheit zurückgenommen wird.

Faktisch beschert dieser neue Plan jedoch der Kiesindustrie Flächen, die für 37 Jahre ausreichen: davon allein in Vierbaum und Millingen ca. 220 ha.

Der vom Kreis Wesel und den betroffenen Gemeinden (Rheinberg, Hamminkeln, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn, Alpen, Hünxe) beauftragte Gutachter Prof. Dr. Beckmann hat die bisherigen

Einschätzungen unserer Fraktion gestärkt, dass der Regionalplan Ruhr rechtswidrig sei.

Weiterhin wird kritisiert, dass die Planungsbehörde in Essen die Umweltbelange unzureichend berücksichtigt hat und selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Klimafolgen sträflich vernachlässigt hat. Die Ermittlung, Bewertung und Berücksichtigung der Flächeninanspruchnahme in Verbindung mit dem Flächenverlust und die entstehenden Treibhausemissionen sind Beweis für die Rechtswidrigkeit des Plans.

Aber auch das oft zitierte Gebot der gerechten Abwägung bei der Raumordnung ist nicht berücksichtigt worden. Damit ist der Kreis Wesel – und insbesondere die Stadt Rheinberg – durch die ausgewiesenen Abgrabungsflächen für Kies und Sand deutlich benachteiligt.

Regionalverband missachtet Urteil des Verfassungsgerichts in Sachen Klimafolgen

Das Gutachten kann unter den Stichworten **Kieswende/Kreis Wesel** eingesehen werden.



Ernst Barten
Mitglied im
Ortsverband

75 Jahre Grundgesetz Deutschland Mai 2024

Im Januar dieses Jahres gab es große und lang andauernde Demonstrationen und Blockaden durch Landwirte, die ihren Unmut über die Streichung von Dieselsubventionen zum Ausdruck brachten, indem sie Teile des Landes lahmlegten. Unter ihnen hatten sich auch jene Menschen gemischt, die auf unfaire Art und Weise nicht nur Beschimpfungen losließen, sondern sogar zu tätlichen Angriffen gegen Politiker der Grünen Partei bereit waren.

Populisten, Demagogen, Demokratie- bzw. Verfassungsfeinde versuchten die Demonstrationen zu unterwandern und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das stellt eine Gefahr für das Gemeinwesen dar und ist fern von Demokratie! Eine vernunftorientierte Demokratie besteht aus der Einhaltung eines fairen Diskurses und respektvollem menschlichen Verhaltens.

Das Respektieren umfasst sowohl die Akzeptanz von politischen Entscheidungen, die eine Regierung durch Mehrheitsentscheidung getroffen hat, als auch einen menschenwürdigen Respekt gegenüber Politikern und Politikerinnen als Personen und in ihren Funktionen.

Wir GRÜNE respektieren die Wahl-Entscheidung jedes Bürgers, jeder Bürgerin für eine demokratische Partei, denn Demokratien garantieren faire, geheime, gleiche Wahlen!

Die Verfassung Deutschlands in Gestalt des Grundgesetzes ist die höchste Sach-Autorität für alle Menschen, die in diesem Land leben, ungeachtet ihrer Herkunft; diese gilt es aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Wer diese Autorität infrage stellt, durch unangemessenes Verhalten beschädigt oder gar abschaffen möchte, rüttelt an den Grundfesten unseres Staates.

*Stil GRÜNER Politik und Politiker*innen wird immer sein,
die Grundwerte unserer Verfassung aufrechtzuerhalten!
Unser Einsatz in Europa lohnt sich!*

**Wählen Sie am 9. Juni 2024 bei der
Europawahl Bündnis90/Die Grünen!**

Rheinberg sagt „ja“ zur Demokratie!



Rund 2500 Teilnehmer kamen im Februar zur Demonstration für Toleranz und Frieden sowie gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung. Für uns teilnehmende B90/Die Grünen Mitglieder war es sehr berührend zu sehen wie sich die Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft und Lebensumständen für Vielfalt und Toleranz vereinten und gemeinsam durch Rheinberg zogen. In der anschließenden Kundgebung brachten es die verschiedenen Redner, unter Ihnen auch Bürgermeister Dietmar Heyde, auf den Punkt. Denn Jeder betonte auf seine ganz persönliche Weise, dass Rechtsextremismus in Rheinberg keinen Platz habe. Wir von B90/Die Grünen applaudieren zu diesem mehr als gelungenen Zeichen der Rheinberger Bürger für eine wehrhafte Demokratie gegen den Rechtsradikalismus.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c, 47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de
facebook @GRUENERheinberg
Twitter @GrueneRheinberg

Gestaltung, Satz und Druck:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de

Fotos:
Karl Banski

